

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/229

30. November 1976

Im Dienste des Staates und des Volkes

Das erste Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierungsverantwortung

Seite 1 und 1a / 43 Zeilen

Noch einmal: Der Generals-Eklat

Wie Leber hätte jeder Bundesverteidigungsminister entschieden

Von Werner Buchstaller MdB  
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 2 / 36 Zeilen

Glanzloser Gang nach Bonn

Zum Abschied Dr. Kohls vom Mainzer Regierungsamt

Von Herbert Bermeitinger  
Sprecher der SPD-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz

Seite 3 / 38 Zeilen

Berlin einen schlechten Dienst erwiesen

Die seltsame Rolle von CDU und CSU in Sachen Nationalstiftung

Von Dr. Hubert Weber MdB  
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 bis 6 / 117 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhardt Eckert

Hollasallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 406  
Postfach 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 38-39  
Telex: 08 66 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Im Dienste des Staates und des Volkes  
-----

Das erste Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierungsverantwortung

Am 1. Dezember steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zehn Jahre lang in der Regierungsverantwortung für den Staat und für das Volk. In dieser Dekade hat es nicht nur Erfolge geben können, aber die SPD hat den Menschen in der Bundesrepublik, in Europa und in den übrigen Teilen der Erde zeigen und beweisen können, daß sie dort, wo sie durch den Wählerwillen hingestellt wird, ihre Aufgaben im Dienste des Ganzen zu erfüllen weiß: um Nutzen zu bringen und Schaden abzuwenden.

In zehn Jahren Regierungsarbeit hat sich in der Bundesrepublik und für die Bundesrepublik manches verändert. Nach innen sind soziale, wirtschaftliche und kulturelle Reformen durchgesetzt worden, um diesem westdeutschen Staat Stabilität zu geben. Eine die ganze Welt erfassende und oft auch umkämpfte Krise hat die Abschottungsarbeit erschwert, aber die Bundesrepublik gehört dennoch zu den stabilsten Staaten der Welt. Nach außen ist es trotz aller Widerstände gelungen, das große Friedenswerk, das im Westen begonnen wurde, nach Osten abzuschließen und damit massive und unverrückbare Grundsteine für die Weiterführung und Sicherung der Entspannung und des friedlichen Zusammenlebens zu legen. Dazu kamen nach außen die von Bonn aus initiativ mit vorangetragenen Bemühungen um den Auf- und Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und die Anstrengungen, das Verklammerungswerk der ausschließlich auf Frieden und Kooperation

angelegten Sozialistischen Internationale über unseren Kontinent hinaus auszuweiten.

Die SPD kann also am 10. Jahrestag ihres Eintritts in die Regierungsverantwortung und deren späterer Übernahme dem Urteil des Bürgers mit Ruhe stellen. Sie ist auch längst schon wieder dabei, politisch und organisatorisch alle Vorbereitungen für die achte Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu treffen, während die, wie sich jetzt urbi et orbi zeigt, am 3. Oktober mit Recht unterlegene Opposition ein Bild des Jammers bietet und ihre an sich schon schwachen Kräfte in erbitterten persönlichen Auseinandersetzungen weiter verschleißt.

Die SPD wird in erprobter Gemeinschaft mit der FDP für zunächst weitere vier Jahre die sozialliberale Bundesregierung unter Helmut Schmidt tragen und stützen und ihr helfen, die große Aufgabe der Absicherung und Erweiterung des dem Nutzen des Staates und dem Wohle seiner Menschen gewidmeten Werkes zügig und nach Menschenmöglichkeit auch ungestört fortzusetzen.

Am 1. Dezember 1976 läuft die zweite Dekade der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik Deutschland an.

Erhardt Eckert  
(-/30.11.1976/bgy/e)

+ + +

Noch einmal: Der Generals-Eklat

Wie Leber hätte jeder Bundesverteidigungsminister entschieden

Von Werner Buchtaller MdB

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der CDU-Politiker Dr. Manfred Wörner hat noch einmal Gelegenheit genommen, sich als verteidigungspolitischer Sprecher einer Union ins Bild zu setzen. Völlig unberührt von der Tatsache, daß die CSU längst die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufgekündigt hat, erklärte er sich zum verteidigungspolitischen Anwalt der Opposition und nahm erneut zur sog. "Generalsaffäre" Stellung. Wir werden, so sagte er, unseren Antrag, die Entscheidung des Verteidigungsministers zu mißbilligen, im neuen Parlament wieder einbringen. Dazu muß man sich fragen, wen Dr. Wörner meint, wenn er sagt, "wir werden" und welchen Antrag er meint, wenn er von "unserem Antrag" spricht. Schon bei solchen Formulierungen sollte er vorsichtiger sein, denn der zukünftige CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Friedrich Zimmermann wird sich sicherlich nicht von ihm in verteidigungspolitischen Fragen in Pflicht nehmen lassen.

Aber nun zur Sache selbst. Man mag darüber streiten, weshalb es Bundesverteidigungsminister Georg Leber für notwendig hielt, sich vom Krankenbett aus noch einmal zu diesem Fall zu äußern. Nichts zu sagen, hätte sicherlich der Angelegenheit auch nicht geschadet. Wie dem auch sei: Dies bot Dr. Wörner eine Möglichkeit, sich noch einmal zu produzieren, und zwar auf die denkbar schlechteste Weise. Er unterstellt Georg Leber wieder, daß er die Generale entlassen hätte, um seinen Kopf vor den "Linken" in der SPD zu retten. Wie will ein Mann, der nicht einmal weiß, daß Oberst a.D. Rudel ein unbelehrbarer Nationalsozialist geblieben ist, über die "Linken" in der SPD urteilen? Es wäre jammerschade, wenn es der sog. "Linken" in der SPD ausschließlich bedurft hätte, um Generale mit einer Gesinnung, wie sie die Herren Walter Krupinski und Karlheinz Franke zum Ausdruck gebracht haben, abzulösen. Zugunsten aller bisherigen Verteidigungsminister seit Theodor Blank nehme ich an, daß sie im konkreten Fall nicht anders gehandelt hätten als Georg Leber. Selbst wenn sie andere Nuancen gefunden hätten, keiner hätte auf der Grundlage der Vorstellungen von Dr. Wörner gehandelt, und das ist gut so für die Demokratie in Deutschland und die Glaubwürdigkeit der Bundeswehr.

Wenn es der CDU-Abg. Dr. Wörner für richtig hält über die Feststellung des Verteidigungsministers, das Fehlverhalten einiger weniger habe nichts daran geändert, daß Staat und Armee ihre Bewährungsprobe bestanden hätten und die geistige Haltung der Truppe keinen Augenblick erschüttert worden sei, zu spötteln, dann macht er nur deutlich, wieviel ihm noch zu einem Ministerformat und eigentlich auch zu einem ernst zu nehmenden Politiker fehlt.

(-/30.11.1976/va/pr)

+ + +

### Glanzloser Gang nach Bonn

Zum Abschied Dr. Kohls vom Mainzer Regierungsamt

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz

Mit einem Empfang in der Staatskanzlei am Mainzer Deutschhausplatz verabschiedete sich der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Dr. Helmut Kohl am Dienstag in der Landeshauptstadt von einigen Hundert geladenen Gästen aus allen Teilen des Landes als Regierungschef. Ein Jagdhornbläserchor des Landesjagdverbandes wartete Kohl mit dem "Fürstengruß" auf, um ihm dann zum Abschied den "Jägermarsch" zu blasen und ihn so unbeabsichtigt daran zu erinnern, wie schnell aus dem Landesfürsten von Rheinland-Pfalz der Gefasste des bayerischen Jägers geworden ist.

Helmut Kohl hat sich den Abschied von Mainz sicher anders vorgestellt. Bis zum Abend des 3. Oktober wollte er nur als Kanzler in die Bundeshauptstadt wechseln, nach einigem Hin und Her dann nur als Oppositionsführer von CDU und CSU, also nicht als "gewöhnlicher" Fraktionsvorsitzender à la Mischnick und Herbert Wehner, wie er vor einigen Wochen der "Welt" verriet, sondern als d e r Gegenspieler des Bundeskanzlers. Inzwischen hat sich für Helmut Kohl die Welt verändert.

Nach dem Willen seines einstigen Kampfgefährten Franz Josef Strauß soll Helmut Kohl nicht die größte, sondern die zweitgrößte Fraktion im Deutschen Bundestag führen und im Übrigen mit der dank "Spiegel" vorliegenden Bescheinigung des "bayerischen Politikers im Weltmaßstab" (so CSU-Zimmermann), keine wirkliche politische Führungsfigur zu sein, also auch schwerlich Kanzlerkandidat des Jahres 1980 werden. Und wer die Worte des Mainzer Kohl-Nachfolgers Dr. Bernhard Vogel in den Medien verfolgt und entsprechend gedeutet hat, vermag durchaus auch eine gewisse Distanzierung von Kohls Politik herauszuhören, etwa dort, wo Vogel die künftige Haltung des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesrat oder sein persönliches Verhältnis zur parlamentarischen Opposition zu erläutern hatte.

Kohl, der noch am Dienstag sein Rücktrittsschreiben entwarf und an den Landtagspräsidenten weiterleitete, der es am 2. Dezember vor dem Landesparlament verlesen wird, geht fraglos einen schweren Gang von Mainz nach Bonn. Die Ereignisse der letzten Tage aber haben eindrucksvoll daran erinnert, wie schwer die Arbeit für Kohl erst geworden wäre, wenn er unter dem "Politiker im Weltmaßstab" und in Abhängigkeit von der CSU als Bonner Regierungschef hätte amtieren müssen. Denn gewiß hätte Strauß von einem Kanzler Kohl nicht mehr gehalten als vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Kohl und entsprechend harte Bedingungen für eine Unions-Koalition gestellt.

Auch daran muß nun erinnert werden: Leidtragende einer solchen Situation wären nicht in erster Linie Dr. Kohl und die Unions-Parteien gewesen, sondern die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger. (-/30.11.1976/vb/pr)

+ + +

## Berlin einen schlechten Dienst erwiesen

---

### Die seltsame Rolle von CDU und CSU in Sachen Nationalstiftung

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Keine Woche vergeht, ohne daß CDU und CSU nicht die Frage der Nationalstiftung aufwärmen, sei es durch kleine Anfragen oder Einzelfragen im Bundestag, sei es durch Presseverlautbarung. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn das Verhalten der Opposition in Bund und Ländern aufeinander abgestimmt wäre oder wenn sie selbst zu jener Zeit, als sie die Regierung bildete, initiativ geworden wäre.

In der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hatte Bundeskanzler Brandt wörtlich ausgeführt: "Es würden sich viele Träume erfüllen, wenn eines Tages öffentliche und private Anstrengungen zur Förderung der Künste in eine deutsche Nationalstiftung münden könnten. Ansätze dazu böte die Stiftung "Preußischer Kulturbesitz", an der neben dem Bund die Länder beteiligt sind. In einer Nationalstiftung könnte auch das lebende Erbe ostpreußischer Kultur eine Heimat finden." Das Bundestagsprotokoll verzeichnet bei diesen Ausführungen nur den Beifall der Regierungsparteien.

Der CDU-Sprecher von Weizsäcker stellte im Bundestag am 24. Januar 1973 fest: "Lassen Sie mich auf Ihre Anregung eingehen, die bisher wenig beachtet worden ist, und die ich persönlich für sehr gut halte. Ich meine die Deutsche Nationalstiftung. Damit könnte in der Tat die großzügige und lebendige Sammlung von Kunst und Wissenschaft, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, endlich geistig und materiell auf einen breiten Boden gestellt werden." Wiederum stellt das amtliche Bundestagsprotokoll keinen Beifall der Opposition fest. Wen wundert es dann noch, daß der CSU-Abgeordnete Riedl in der Haushaltsdebatte vom 18. Juni 1973 sagte: "Mit der in der Regierungserklärung angekündigten und von allen drei Fraktionen dieses Hauses erwünschten Deutschen Nationalstiftung soll in unserem Staat dem Bereich der Kultur und Kulturpflege endlich der Rang eingeräumt werden, der in der bisherigen Entwicklung nicht richtig gesehen und akzentuiert war." Auch hier stellt das amtliche Bundestagsprotokoll keinen Beifall der CDU/CSU für ihren Kollegen Riedl fest. Ein stärkeres Eingeständnis des Versagens der CDU/CSU auf diesem Gebiet in der Vergangenheit als mit den Worten des Herrn Riedl, das sei bisher "nicht richtig gesehen und akzentuiert" worden, gibt es nicht.

Erst im beginnenden Wahlkampf 1976 entdeckte die CDU/CSU ihre Liebe für die Nationalstiftung. So liest man im Bundestagsprotokoll vom 11. Mai 1976: "Bezeichnend für die ängstliche und unergiebigste Politik dieser Regierung in der deutschen Frage ist auch die Entwicklung des Projektes der Deutschen Nationalstiftung." Wenn wundert es dann, daß die CDU/CSU auch noch kurz vor der Bundestagswahl eine kleine Anfrage einbrachte, die der Bundesminister des Innern am 29. Oktober 1976 wie folgt u.a. beantwortete: "Die Bundesregierung hat die vom früheren Bundeskanzler Brandt initiierte Idee einer Deutschen Nationalstiftung seither mit großem Nachdruck verfolgt. Sie hat hierfür im Jahre 1976 einen Betrag von 12,5 Millionen DM

im Bundeshaushalt bereitgestellt und auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung Vorsorge getroffen. Die Bundesregierung hat des weiteren frühzeitig und ausführlich ihre Vorstellungen über das Vorhaben einer Deutschen Nationalstiftung den Beteiligten zur Kenntnis gebracht. Die Deutsche Nationalstiftung sollte angesichts ihrer kulturpolitischen Bedeutung von Bund und Ländern gemeinsam errichtet werden. Die Bundesregierung hat daher die von den Ländern nur zögernd aufgenommenen Verhandlungen bisher mit außerordentlichem Entgegenkommen geführt, um zu einer Übereinstimmung mit den Ländern zu gelangen. Diese Übereinstimmung konnte im wesentlichen Sachfragen, wie die für Bund und Länder gleichermaßen bedeutsame Finanzierung der Stiftung, die Stimmverteilung im Stiftungsrat, die Umschreibung des Stiftungszwecke im Sinne einer Verdeutlichung des gesamtstaatlichen Ranges der Stiftung trotz nachdrücklicher Bemühungen noch nicht hergestellt werden."

Um noch deutlicher hinsichtlich der zeitlichen Vorstellungen zu werden, führte der Bundesminister noch aus: "Die Bundesregierung hat sich mit Nachdruck für die Verwirklichung der Deutschen Nationalstiftung eingesetzt und wird es auch in Zukunft tun. Ein Zeitplan für die Gründung der Stiftung läßt sich nicht aufstellen, da die Verwirklichung der Stiftung, wie bereits ausgeführt, mit von der Willenabildung im Länderbereich abhängig ist. Die Bundesregierung wird auch weiter alles tun, das Vorhaben der Deutschen Nationalstiftung baldmöglichst zu verwirklichen."

Die Bundesregierung brachte ihren Willen zum Ausdruck, sich von den Ländern nicht unter Druck setzen zu lassen, indem sie abschließend feststellte: "Sollten sich endgültige Ergebnisse mit den Ländern in absehbarer Zeit nicht abzeichnen, würde sich die Bundesregierung daher veranlaßt sehen, Übergangslösungen in Erwägung zu ziehen."

Angesichts dieser Entwicklung ist es schon unverständlich, wenn der Berliner CDU-Vorsitzende Lorenz der Bundesregierung am 15. April 1976 vorwarf, sie setze sich nicht genügend für die Nationalstiftung ein. Denn die Frage, ob Berlin Standort der Stiftung werden solle, kann doch erst abschließend geklärt werden, wenn Einigung über Inhalt und Finanzierung der Stiftung mit den Ländern erzielt ist. Deshalb bestand bisher auch keine Veranlassung, dieses Thema mit den Alliierten zu beraten. Das lautstarke Getöse schadet dem Anliegen der Nationalstiftung, weil hierdurch nur empfindliche Reaktionen der DDR und Moskaus hervorgerufen werden können.

Diese Selbstverständlichkeit, daß der Sitz der Nationalstiftung erst dann bestimmt werden kann, wenn die Länder dieser Nationalstiftung auch inhaltlich zugestimmt haben, wurde vom Regierungssprecher am 14. April 1976 nochmals ausdrücklich wie folgt festgestellt: "Es geht um eine gleichgewichtige Vertretung von Bund und Ländern in den Gremien dieser Deutschen Nationalstiftung und es geht um ein Gleichgewicht dessen, was dort zu finan-

zieren ist durch Bund und Länder. Es kann ja nicht sein, daß die Länder dort das Sagen haben und der Bund gibt nur das Geld. Dies ist ein Projekt, die Deutsche Nationalstiftung, das in den Haushaltsbericht hineinreicht, der ja von den Ländern in der Frage der Zuständigkeit immer besonders nachhaltig verteidigt wird und deswegen ist es nicht so einfach, mit den Ländern in dieser Frage zu Stuhle zu kommen. Man muß erst in dieser Frage zu Stuhle kommen, bevor man überhaupt an die Alliierten herantreten kann, denn die Alliierten würden mit Recht fragen, was konsultiert ihr diese Frage mit uns, bevor ihr euch mit den elf Ländern geeinigt habt."

Deshalb nur konnte auch die Berliner Morgenpost am 15. Oktober 1976 feststellen: "Der 'Schwarze Peter' liegt jetzt bei den Ministerpräsidenten. Denn größeres Stimmgewicht in den Sitzungsgremien bedeutet auch einen großen Anteil an der Finanzierung, und das schmeckt einem Finanzminister anscheinend gar nicht." Wie schädlich das laute Geschrei der CDU/CSU ist, ergibt sich daraus, daß die westlichen Alliierten durch dieses Gerangel der Opposition eine neue Belastung des Ost-West-Verhältnisses und eine Verhärtung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten befürchten.

Aus diesem zeitlichen Ablauf läßt sich feststellen, die CDU/CSU im Deutschen Bundestag hat bis 1969 nichts getan, um eine Deutsche Nationalstiftung zu errichten. Die CDU/CSU hat den von Bundeskanzler Brandt initiierten Gedanken einer Deutschen Nationalstiftung nur mit lauwarmem Herzen aufgegriffen und ihn erst im Bundestagswahlkampf 1976 ausgegraben. Die Länder, bei denen die CDU/CSU über die Mehrheit verfügt, haben bisher noch keine Einigung über Stimmenverhältnis und Finanzierung der Deutschen Nationalstiftung erzielt. Auch hier werden die CDU/CSU-Länder wieder zum Bremsen einer fortschrittlichen Politik. Im Gegensatz zum Bund haben die CDU/CSU-Länder in den Haushaltsplanentwürfen 1977 noch keine Mittel für die Verwirklichung der Nationalstiftung bereitgestellt.

Durch ihre unbeherrschten Ausfälle hat die CDU/CSU der deutschen Politik und der Stadt Berlin einen schlechten Dienst erwiesen. Statt die Verhandlungen der Regierung nicht zu stören, hat sie durch lautes Poltern die Ablehnung im Osten und die Bedenken bei den Westalliierten neu geschürt.

(-30.11.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller